



Vereinigte Industrieverbände

von Düren, Jülich, Euskirchen und Umgebung e.V.

VIV-INFO | 20/2013

*Liebe Mitglieder,
sehr geehrte Damen und Herren,*

*Deutschland hat sich – und das gilt auch für die Region –
durchaus positiv in 2013 entwickelt. Dies gilt sowohl für
die Wirtschaft als auch den Arbeitsmarkt.*

*Wir werden darauf zu achten haben, dass sich unsere
Rahmenbedingungen in den nächsten Jahren nicht ver-
schlechtern. Die Pläne der großen Koalition zur Sozialpo-
litik sind dabei kein gutes Beispiel für Europa. Die Finan-
zierung mancher (überflüssiger) sozialer Wohltaten ist
mittelfristig ohne Steuer- oder Beitragserhöhungen nicht
zu finanzieren. Entscheidend für unsere Wettbewerbs-
fähigkeit wird das Gelingen der Energiewende sein.*

*Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein besinnliches
Weihnachtsfest und ein gutes Jahr 2014.*

Ihr

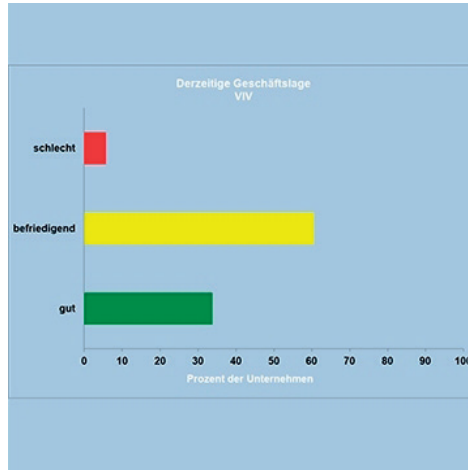
A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Stephan A. Kufferath-Kassner'.

Dr. Stephan A. Kufferath-Kassner



Konjunkturmfrage der Vereinigten Industrieverbände: Verbesserte Stimmung bei den Unternehmen

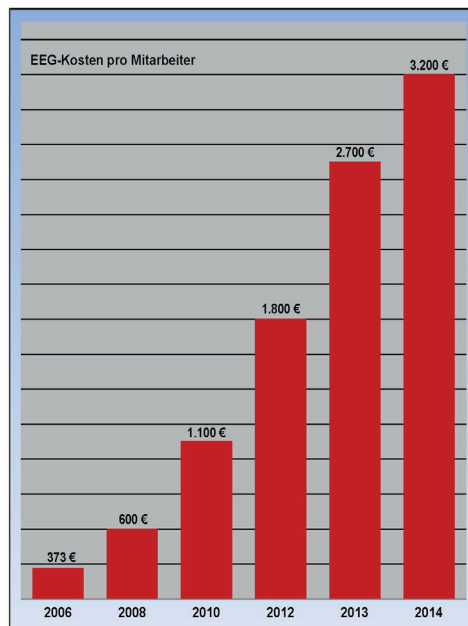
„Unsere Mitglieder schätzen ihre Lage leicht besser ein als im Frühjahr; sowohl die aktuelle Lage als auch die Aussichten werden positiver eingeschätzt. Die leichte Verbesserung ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass wir im Frühjahr bereits von einer deutlichen Verbesserung der Stimmung berichteten (im Herbst 2012 hatte sich die Stimmung merklich eingetrübt)“, erklärt Dr. Stephan Kufferath, Vorsitzender der Vereinigten Industrieverbände von Düren, Jülich, Euskirchen und Umgebung e.V. (So)



VIV-Pressemitteilung und Rede Dr. Stephan Kufferath

Gigantische EEG-Kosten

Welche Dimension inzwischen die EEG-Umlage als Kostenfaktor für Unternehmen erreicht hat, zeigt das anliegende Chart. Es führt auf, wie hoch die Kosten pro Mitarbeiter ausfallen in einem Unternehmen mit rund 250 Mitarbeitern und einem Stromverbrauch von rund 10 Gigawattstunden. Es wird damit z.B. deutlich, welchen Betrag das Unternehmen jedem Mitarbeiter ohne die EEG-Kosten kostenneutral zuwenden könnte. Dieser Blick macht zugleich klar, dass auch für den Verbraucher nicht nur von Interesse sein muss, wie viel er persönlich an Stromkostenerhöhungen zu verkraften hat, sondern auch das Unternehmen, bei dem er beschäftigt ist. (So)



Beitrag von Günther Oettinger

Präventionsbericht 2013 der Gesetzlichen Krankenversicherung Betriebliche Gesundheitsförderung wächst

Dem aktuellen Präventionsbericht vom 25. November 2013 ist ein sehr positiver

Trend bei der Betrieblichen Gesundheitsförderung zu entnehmen:

VIV-Interview

- Peter Münstermann MdL

Kurz notiert

Arbeitsmedizinische Vorsorge

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) hat zur aktuell geänderten Verordnung zur arbeitsmedizinischen Vorsorge (ArbMedVV) eine Broschüre herausgegeben, mit der einige grundlegende Fragen zur ArbMedVV beantwortet werden.

Außerdem hat das BMAS die Empfehlung „Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit“ des Ausschusses für Arbeitsmedizin veröffentlicht.

Die Broschüren können als PDF bei uns abgerufen oder im Internet unter <http://tinyurl.com/k67nbsl> heruntergeladen werden. (AS)



Broschüren des BMAS

VIV-Info Wegweiser



Weitere Informationen erhalten Mitglieder im ExtraVIV



Bitte beachten Sie weitere Anhänge



Weitere Informationen auf Anfrage bzw. im ExtraVIV

„Angesichts des demografischen Wandels und der steigenden Zahl älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigen sich immer mehr Unternehmen und Krankenkassen mit der Frage, wie die Gesundheit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erhalten werden kann. Deshalb haben die Krankenkassen 2012 wie in den Vorjahren ihr Engagement in der betrieblichen Gesundheitsförderung konsequent ausgebaut“, so Dr. Peter Pick, Geschäftsführer des MDS.

Mit Erfolg: In rund 8.000 Betrieben wurden Maßnahmen der BGF unterstützt – das sind 20 Prozent mehr als im Jahr

2011. Rund 1,3 Mio. Arbeitnehmer konnten so direkt und indirekt – etwa über Multiplikatoren - erreicht werden. Insgesamt gaben die Krankenkassen 2012 mehr als 46 Mio. Euro für die BGF aus; im Jahr 2011 waren es noch 42 Mio. Euro.

36 Prozent aller gesundheitsfördernden Projekte wurden 2012 in Betrieben des verarbeitenden Gewerbes durchgeführt - deshalb standen häufig Maßnahmen zur Reduktion körperlicher Belastungen am Arbeitsplatz im Vordergrund. Krankenkassen und Betriebe reagierten aber auch auf die Zunahme von psychischen Erkrankungen, deren Anteil an den krankheits-

bedingten Fehlzeiten sich seit dem Jahr 2000 etwa verdoppelt hat. Stressmanagement und gesundheitsgerechte Mitarbeiterführung gehörten daher ebenfalls zu den besonders häufig angebotenen Präventionsmaßnahmen am Arbeitsplatz.

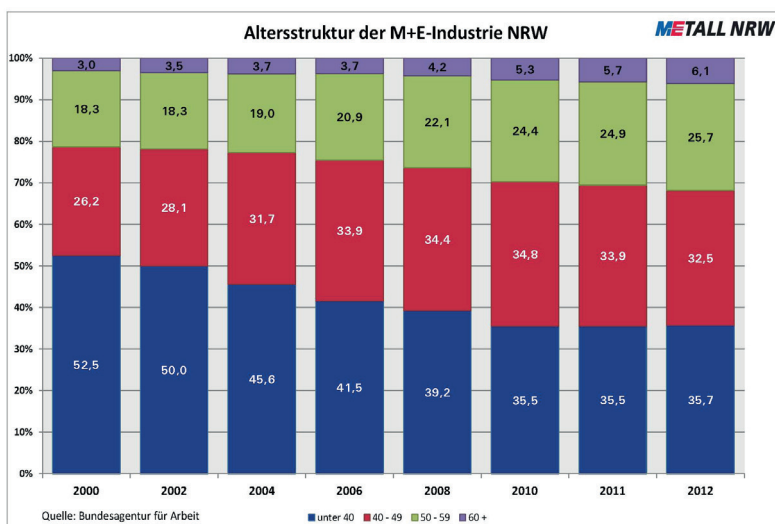
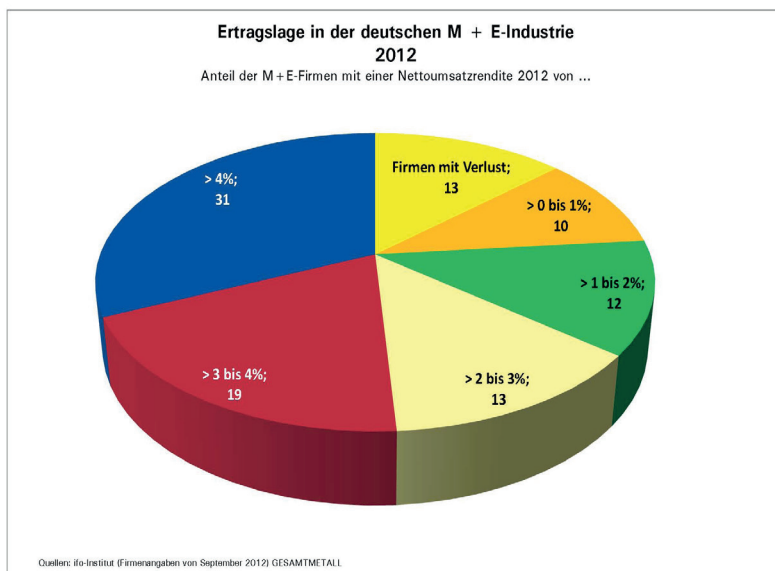
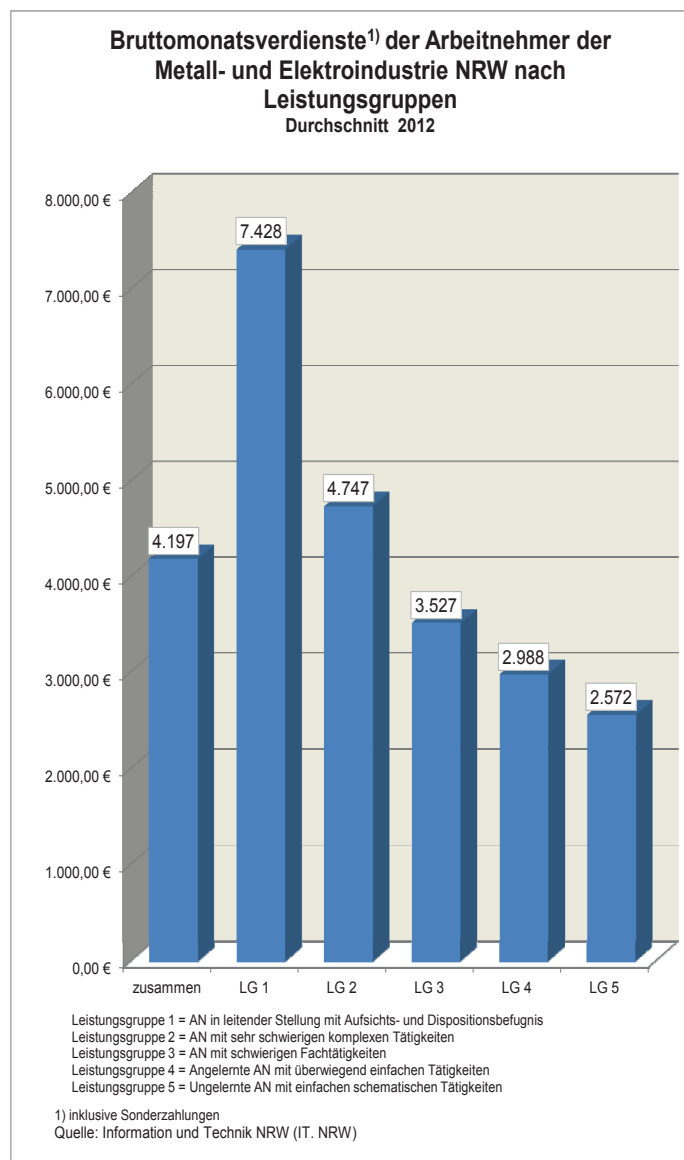
Die Pressemitteilung des GKV- Spitzenverbandes finden Sie unter:

<http://www.gkvspitzenverband.de> in der Rubrik Presse bzw. in der Anlage für Mitglieder



GKV-Pressemitteilung (Zi)

Zahlen der Woche



Vier Azubis aus dem IHK-Bezirk Aachen zählen zu den Besten in Deutschland

DIHK-Präsident Eric Schweitzer und EU-Kommissar Günther Oettinger haben in Berlin die deutschlandweit erfolgreichsten Auszubildenden aus 217 IHK-Berufen geehrt. Vier der 224 Bundesbesten kommen aus dem Bezirk der Industrie- und Handelskammer Aachen. Zu ihnen gehört auch Robert Königs, der seine Ausbildung zum Verpackungsmittelmechaniker bei der SIG Combibloc GmbH in Linnich absolviert hat.

Zu den besten Azubis des Landes NRW zählen darüber hinaus: Christopher Duttke, Drucker (Fachrichtung: Tiefdruck), SIG Combibloc GmbH, und Alexej Seibel, Verpackungsmittelmechaniker der Gissler & Pass GmbH in Jülich. (Dü)



Carola Schaar, Vorsitzende des DIHK-Bildungsausschusses, überreichte die Urkunde zum bundesbesten Verpackungsmittelmechaniker an Robert Königs. (Foto: Jens Schike)

IMPRESSUM & KONTAKT

Herausgeber

Vereinigte Industrieverbände von Düren, Jülich, Euskirchen und Umgebung e.V.

Verantwortlich für den Inhalt

Hans-Harald Sowka

Kontakt

Vereinigte Industrieverbände e.V.
Tivolistraße 76
52349 Düren

FON 02421/4042-0
FAX 02421/4042-25
E-MAIL info@vivdueren.de
WEB www.vivdueren.de

Interviewpartner: Peter Münstermann MdL

Herr Münstermann, nach 1 1/2 Jahren hat man sich an das Landesparlament gewöhnt?

Die Arbeit als Landtagsabgeordneter ist vielseitig. An die formellen Abläufe im Parlament gewöhnt man sich gut, aber dennoch bleibt es abwechslungsreich. Um die unterschiedlichen Interessen zu vertreten, bin ich zwischen Düsseldorf und dem Kreis Düren viel unterwegs. So lassen sich konkrete Ziele für die Region erreichen. Aktuell steht die Landesregierung beispielsweise kurz vor der Unterzeichnung eines Transparenzpapiers für den Bergbau in NRW. Dieses beinhaltet zusätzlich zu den vorhandenen Initiativen „indeland“ und „Terra Nova“ ein weiteres Projekt für den Kreis Düren.

Auch in Zukunft verfolge ich in Düsseldorf konkrete Ziele. In der von der Landesregierung ins Leben gerufenen Innovationsregion Rheinisches Revier gilt es Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu erhalten und gleichzeitig den Strukturwandel erfolgreich zu meistern und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Oder auch die große Aufgabe der Energiewende, in der NRW eine Vorreiterrolle einnimmt. Hier zielen wir ab auf den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien. Gleichzeitig stehen wir in der Verantwortung, den Menschen in NRW sauberen, sicheren und bezahlbaren Strom zu gewährleisten.

Die Finanzplanung des Landes rechnet mit deutlichen Steuermehreinnahmen für die nächsten Jahre. 2017 sollen trotzdem den Ausgaben von 66,48 Milliarden Euro „nur“ Steuereinnahmen von 52,66 Milliarden Euro gegenüberstehen. Wie wird die Differenz eigentlich finanziert?

Die Neuverschuldung in NRW soll bis zum Jahr 2020 auf null abgesenkt werden. Bei der von Ihnen angesprochenen Differenz handelt es sich um einen erfolgreichen Schritt in Richtung Haushaltskonsolidierung. In den kommenden Jahren plant

die Landesregierung eine jährliche Verringerung der Neuverschuldung. Der derzeitigen Kreditaufnahme von 3,5 Milliarden Euro steht deshalb ein Planziel von 1,5 Milliarden Euro für das Jahr 2017 gegenüber. Gleichzeitig ist eine beständige Steigerung der Steuereinnahmen in NRW abzusehen, die beispielsweise wichtige nordrhein-westfälische Bildungsvorhaben finanzierbar machen.

Diese Gesamtentwicklung ist ein eindeutiges Zeichen dafür, dass NRW die Krisenjahre erfolgreich überwunden hat und sogar gestärkt aus ihnen hervorgegangen ist, so dass sich das Land in den kommenden Jahren der Unterstützung von Bildung, Betreuung und Kommunen widmen kann.

Das Tariftreuegesetz funktioniert in der Praxis?

Das Tariftreuegesetz ist auf dem richtigen Weg. Der Bewerbungsprozess für auftragnehmende Unternehmen und öffentliche Auftraggeber wurde weiter vereinfacht. Es existiert eine Rechtsverordnung der Landesregierung, die den Bewerbungsprozess verständlich erklärt, sowohl an die Bedürfnisse der ausschreibenden Kommunen als auch der sich bewerbenden Unternehmen angepasst ist und den Ablauf der Ausschreibung verständlich darlegt. Im Zuge dessen ist beispielsweise auch der Download der nötigen Bewerbungsformulare und Verpflichtungserklärungen im Internet ermöglicht worden. Des Weiteren wird die Stellung der Frau in den Unternehmen in NRW weiter gefördert. Wer an den Ausschreibungen teilnehmen möchte, muss bestimmte Mindestanforderungen einhalten. Hierzu gehören etwa Maßnahmen zur Gewinnung von Mädchen und Frauen für betriebliche Praktika in männerdominierten Berufen, die für jeden Betrieb sinnvoll sind und einen bedeutenden Beitrag zur Fachkräftesicherung in NRW leisten. Hinzu kommt, dass durch das Tariftreuege-



Peter Münstermann MdL

setz auf eine energiesparendere Erzeugung von Gütern und Dienstleistungen in den Unternehmen eingewirkt wird. Durch den Einsatz wiederverwertbarer und -verwendbarer Produktionsmittel stellt sich für die Auftragnehmer langfristig eine Kostenersparnis ein.

Um die Wettbewerbsfähigkeit des Landes NRW und seine Bedeutung in der Mitte Europas zu erhalten, sind die mit dem Tariftreuegesetz angestrebten Ziele wichtig. Deshalb lohnt es sich, kurzfristig als Hürden erscheinende Maßnahmen in Angriff zu nehmen und einen unbequemen Weg zu gehen, von dem das Bundesland und die Regionen langfristig profitieren.

Zur Energiewende: Gibt es aus Ihrer Sicht ein schlüssiges Gesamtkonzept?

Die Energiewende ist ein bundesweites Projekt, wobei NRW nur einen Teil des kompletten Puzzles darstellt und bewältigen kann. Allerdings sehe ich zurzeit kein bundesweit geschlossenes Konzept zur Bewältigung der Energiewende, was zu Akzeptanzproblemen, etwa beim EEG, führt. Dennoch versuchen wir in NRW im Rahmen der Möglichkeiten die Energiewende in NRW für eine saubere, sichere und bezahlbare Energie umzusetzen, wobei das Konzept zur Umsetzung der Energiewende in NRW auf drei Pfeilern basiert und NRW zu einem Vorreiter im Bereich

Klimaschutz machen soll.

So haben wir mit dem Klimaschutz-Start-Programm bereits begonnen das Mammutprojekt der Energiewende erfolgreich umzusetzen. Alle in diesem Konzept beschriebenen Einzelmaßnahmen wurden seither angestoßen oder bereits vollständig umgesetzt. Mit dem zu Beginn 2013 verabschiedeten Klimaschutzgesetz haben wir in einem zweiten Schritt die Reduktionsziele verbindlich formuliert. Über 100 Kommunen haben das Klimaschutzgesetz bereits erfolgreich umgesetzt und beschleunigen so den Ausbau der erneuerbaren Energien. Das dritte zentrale, derzeit in der Erarbeitung befindliche Instrument der vorausschauenden Umsetzung ist der Klimaschutzplan, mit dem beispielsweise die Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2020 entscheidend gesenkt werden sollen.

Durch die Verknüpfung der unterschiedlichen Programme, Maßnahmen und Handlungsebenen, steht die Energiewende in NRW auf einem soliden Fundament. Hinzu kommt, dass wir bis zur vollständigen Stromversorgung aus erneuerbaren Energien ausreichend bezahlbaren Strom erzeugen können. Die Braunkohle wird in unserem Land als Brückentechnologie in den kommenden Jahren die Energieversorgung zuverlässig sichern.

Macht es wirklich Sinn, beim EEG Bürger und Unternehmen gegeneinander auszuspielen?

Bürger und Unternehmen gegeneinander auszuspielen, macht nicht nur in diesem Zusammenhang keinen Sinn. Durch die EEG-Umlage ist eine Ungleichbehandlung zwischen Stromkunden und von der Umlage ausgenommenen energieintensiven

Unternehmen entstanden, die sich durch die vermehrte Beantragung von Ausnahmegenehmigungen weiter verschärft. Derzeit finanzieren Unternehmen und Haushalte die Energiewende und bekommen die Entwicklungen über ihre Stromrechnung zu spüren. Der Ungleichbehandlung muss in Zukunft entgegen gewirkt werden. Alle Stromkunden müssen in Zukunft von den sinkenden Preisen profitieren, die aufgrund des steigenden Angebotes an Strom aus erneuerbaren Energien entstehen – das steht außer Frage.

Ansprechpartner: Hans-Harald Sowka
 Telefon: 02421/4042-0
 Telefax: 02421/4042-25
 E-Mail: info@vivdueren.de



Vereinigte Industrieverbände
von Düren, Jülich, Euskirchen und Umgebung e.V.

Pressemitteilung

Konjunkturmfrage der Vereinigten Industrieverbände: Verbesserte Stimmung bei den Unternehmen

Düren, 06.12.2013. „Unsere Mitglieder schätzen ihre **Lage leicht besser** ein als im Frühjahr; sowohl die aktuelle Lage als auch die Aussichten werden positiver eingeschätzt. Die leichte Verbesserung ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass wir im Frühjahr bereits von einer deutlichen Verbesserung der Stimmung berichteten (im Herbst 2012 hatte sich die Stimmung merklich eingetrübt)“, erklärt Dr. Stephan Kuffe-rath, Vorsitzender der Vereinigten Industrieverbände von Düren, Jülich, Euskirchen und Umgebung e.V.

Die Ergebnisse im Einzelnen:

Jedes 3. Unternehmen sagt: „Die **Geschäftslage** ist gut.“ Nur vier von 72 Unternehmen (5,6 Prozent) sagen: „Die Geschäftslage ist schlecht.“

Jedes vierte Unternehmen rechnet mit einer verbesserten Lage in den nächsten sechs Monaten.

Die **Auftragslage** ist schlecht, sagen 12,7 Prozent der Unternehmen.

Mit einer Verschlechterung in den nächsten sechs Monaten rechnen nur wenige (11,6 Prozent).

Von einer guten **Ertragslage** spricht jedes fünfte Unternehmen. Jedes vierte Unternehmen spricht von einer schlechten, was trotzdem eine deutliche Verbesserung der Einschätzung bedeutet.

Entlassungen und Kurzarbeit spielen keine große Rolle.

72 Unternehmen von insgesamt 133 haben sich an der Umfrage beteiligt.

Ansprechpartner: Hans-Harald Sowka
Telefon: 02421/4042-0
Telefax: 02421/4042-25
E-Mail: info@vivdueren.de



Vereinigte Industrieverbände
von Düren, Jülich, Euskirchen und Umgebung e.V.

Rede

Dr. Stephan Kufferath

für das

Pressegespräch zur VIV-Konjunkturumfrage
am Freitag, 06.12.2013

Meine Damen und Herren,

ich möchte eingangs noch einmal daran erinnern, dass wir der Presse vor etwa 14 Tagen unsere **Umsatzentwicklung** im dritten Quartal 2013 präsentiert hatten:

Die Umsatzentwicklung **in den ersten neun Monaten** des Jahres 2013 war leicht positiver als die Entwicklung im Vorjahreszeitraum mit einem leichten Plus von 1,2 Prozent.

Sie sehen auf dem vor Ihnen liegenden Schaubild, dass das dritte Quartal ein gutes Quartal war, und zwar das Beste in der hier aufgeführten Reihung. Aber Sie sehen auch, dass das erste Quartal ein relativ schwaches Quartal war.

Und nun zu unserer **aktuellen Konjunkturumfrage** aus November:

1. 72 Unternehmen von unseren 133 Mitgliedern haben sich an der Umfrage beteiligt; das ist ein gewohnt guter Rücklauf. Wir haben im Übrigen die Diskussion mit Ihnen im Frühjahr zum Anlass genommen zu hinterfragen, inwieweit sich das Bild verändert, weil sich nicht immer dieselben Unternehmen an den Umfragen beteiligen. Und das Ergebnis unserer Mühen war: Ja natürlich spielt es eine Rolle, welche Unternehmen sich an der Umfrage beteiligen. Aber: Das Gesamtergebnis wird nicht signifikant verändert.

2. Unsere Konjunkturmfrage **Herbst 2012** hatte seinerzeit eine deutlich eingetrübte Stimmung ergeben. Wenn man so will, hat sich dies ja dann auch umsatzmäßig im ersten Quartal 2013 so bewahrheitet. Dem gegenüber konnten wir in unserer **Frühjahrsfrage** feststellen: Die Unternehmen sind jetzt deutlich positiver gestimmt als im Herbst. Die Stimmung hat sich aufgehellt.

Vor diesem Hintergrund müssen Sie meine Bewertung für die **aktuellen** Ergebnisse betrachten. Ich sage Ihnen: Die Lage wird von den Unternehmen leicht besser eingeschätzt als im Frühjahr. Das gilt sowohl für die aktuelle Lage als auch für die Aussichten für die nächsten sechs Monate. Das ist also ein erfreuliches Ergebnis.

Um dieses Ergebnis aber richtig einschätzen zu können, möchte ich Sie darauf hinweisen, dass nach unserer langjährigen Erfahrung es immer Unternehmen gibt, die hart darum kämpfen müssen, überhaupt ein positives Jahresergebnis zu erwirtschaften.

Wir haben vor einigen Monaten unsere Unternehmen danach gefragt, ob sie von Standards der Flächentarifverträge abgewichen sind in den letzten drei Jahren. Und das Ergebnis war – und das deckt sich mit unseren langjährigen Erfahrungen: Jedes fünfte Unternehmen hat Entgeltbestandteile abgesenkt und jedes vierte Unternehmen hat die Arbeitszeit verlängert und zwar oftmals ohne Lohnausgleich oder aber jedenfalls ohne vollen Lohnausgleich.

Was will ich damit sagen? **Meine Botschaft:** Die Lage in den Unternehmen (und zwar unabhängig von der Branchenzugehörigkeit) ist außerordentlich heterogen. Wir haben überhaupt keine Veranlassung, das Jahr 2014 in rosaroten Farben anzumalen. Die Unternehmen werden auch 2014 kräftig zu kämpfen haben. Und neben den ohnehin bestehenden Risiken für die Konjunktur mit Blick auf die Staatsschuldenkrise wird es in den nächsten Jahren für unsere Unternehmen ganz entscheidend sein, ob die Energiewende wirklich gelingt. Das **Energiethema** ist nicht nur für die Wettbewerbsfähigkeit der besonders energieintensiven Unternehmen wettbewerbsentscheidend (also für Stahlwerke oder Aluminiumhütten), sondern für die Industrie in Deutschland und in der Region insgesamt. **Uns allen macht als Unternehmen das Thema Energiekosten große Sorgen.**

Darüber hinaus macht uns natürlich auch Sorgen unter dem Aspekt der Arbeitskosten, wie die **Vorhaben der großen Koalition** eigentlich finanziert werden sollen. Vieles spricht dafür, dass mittelfristig die Sozialabgaben erhöht werden müssen oder die Steuern. Ich sehe gerade die sozialpolitische Agenda im Koalitionsvertrag sehr kritisch. Im Übrigen auch deshalb, weil wir uns an vielen Baustellen weitere Reglementierungen gönnen (Mindestlohn, Leiharbeit, Elternzeit, Teilzeit mit Rückkehranspruch auf Vollzeit ...) bei denen man einfach sagen muss: kein gutes Beispiel für Europa. Anders gewendet: Anderen Wasser predigen und selbst Wein saufen. Kein guter Start in eine Koalition zur Bewältigung unserer Aufgaben.

GASTBEITRAG GÜNTHER OETTINGER

„Unsere Industrie geht schleichend“

Der EU-Energiekommissar fordert eine „Agenda 2020“, um die Energiepreise für die deutsche Wirtschaft zu begrenzen. Aktuell sei Gas in Deutschland dreimal so teuer wie in den USA, Strom doppelt so teuer.

Die Industrie braucht Energie. Rund um die Uhr, und die Industrie braucht bezahlbare Energie. Gut, dass Wirtschaft und Gewerkschaften gleichermaßen das Thema als offene Flanke entdeckt haben. Wir haben einen funktionierenden Weltmarkt für Öl, und wir haben in etwa einen funktionierenden Weltmarktpreis. Das Barrel Öl kostet rund 106 Dollar, in Chicago, Dortmund und Shanghai etwa gleich viel. Die einen sagen, vom ökologischen Standpunkt betrachtet ist das zu niedrig, die anderen sagen zu hoch. Aber auch, wenn der Ölpreis zu hoch ist, er schadet dem Standort Deutschland und Europa nicht, weil der Mitbewerber in Asien und Amerika den gleichen Preis zahlt.

Bei Kohle gibt es einen Weltmarktpreis, der in Rotterdam geringer ist als in Karlsruhe, weil Transportkosten ein Faktor sind. Die Region Rhein und Ruhr wurde so stark und so früh Industrieland, nach England und weit vor Bayern und Baden-Württemberg. Und dass neben Rotterdam, Antwerpen und Maastricht Teile Belgiens Industrie-regionen geworden sind, hat mit Logistik, kurzen Wegen zum Meer und mit Energie zu tun. Früher zog die Industrie zur Energie und gründete dort. Jetzt ist die Industrie in Deutschland, Gott sei Dank!

Jetzt müssen wir alles dafür tun, dass die Industrie nicht wieder dorthin geht, wo es billige Energie gibt.

So wie die Industrie an Rhein und Ruhr gekommen ist, kann sie auch wieder gehen. Und sie meldet sich nicht morgen beim Einwohnermeldeamt des Bürgermeisters ab, sie geht schleichend. Sie investiert nicht mehr in Deutschland, sie investiert in Houston, vielleicht macht sie hier noch zehn Jahre weiter. Drüben Volllast rund um die Uhr, hier die Spitzen. Und einige Zeit später könnte dann hier die Produktion dichtgemacht werden. Es passiert schleichend.

Wenn man Industrieland bleiben will, energieintensive Industriearbeitsplätze, Kunststoffindustrien halten will, brauchen wir bezahlbare Energie. Wir brauchen eine Agenda 2020, damit Energiekosten nicht als zwingender Grund gesehen werden, in andere Standorte außerhalb Deutschlands und Europas zu gehen. Wir haben noch keinen funktionierenden Weltgasmarkt. Gas

orientiert sich an Pipelines, von Sibirien hierher, von Holland hierher. Und da es noch keinen Weltgasmarkt gibt, haben wir auch keinen Weltgaspreis. In Deutschland bezahlen wir heute für Gas den dreifachen Preis wie in den USA. Nun frage ich Sie, wenn hier das Bier zwölf und dort vier Euro kostet, wo gehen Sie wohl hin? Einen dreifachen Gaspreis hält die deutsche Industrie jedenfalls nicht aus.

Wann immer ich in Brüssel Gesprächspartner habe, sind die Energiekosten und der Wettbewerb das Thema. Der schärfste Wettbewerber

für BASF Ludwigshafen ist nicht eine Firma aus Shanghai, sondern BASF aus den USA. Der Wettbewerber für Dow Chemical Deutschland ist Dow Chemical USA.

Dabei sind sich in den USA die Parteien einig: durch billige Energie die US-Reindustrialisierung weiterführen. Die Strategie gelingt perfekt und wird bei uns nicht erkannt.

Der Prozess der deindustriellen Entwicklung ist in vollem Gang. Und wir tun so gut wie nichts, damit er aufgehalten wird. Der Strompreis in Deutschland ist gleich nach Japan, mit Zypern und Dänemark ei-

ner der höchsten der Welt. Dreifacher Gaspreis, doppelter Strompreis, das hält die Industrie nicht aus. Wir müssen eine europäische Energie-Strategie entwickeln.

Energie war Gründungsthema der EU, Stichwort „Gemeinschaft für Kohle und Stahl“. Dann kam 1996 die Entscheidung, dass aus Strom und Gas Produkte im europäischen Binnenmarkt werden sollen. Der große Vorteil für den Verbraucher wäre der Preis – Wettbewerb im Binnenmarkt garantiert den günstigsten Preis. Leider ist das heute nicht der Fall. Viele Länder denken noch in nationalen Kategorien oder wollen sogar auf regionaler Ebene autark sein. So haben wir in Deutschland ja nicht nur eine Energiewende. Wir haben 18 Energiewenden. Und wir haben noch viele zusätzliche Energiewenden, weil auch mancher Bürgermeister daran denkt, ein Stadtwerk zu gründen oder das Netz zurückzukaufen.

Was dabei vergessen wird, ist, dass dies alles gezahlt werden muss vom Verbraucher. Weit günstiger wäre es, wenn wir Strom wie andere Produkte europaweit beziehen würden. Daher muss die Strategie lauten: weniger regionale Planwirtschaft, weniger lokale Planwirtschaft, mehr Binnenmarkt.

Der Beitrag basiert auf einer Rede von Günther Oettinger vor dem NRW-Unternehmertag.

ZUR PERSON

EU-Kommissar für Energie seit 2010

Günther Hermann Oettinger (CDU) wurde am 15. Oktober 1953 in Stuttgart geboren. Er ist seit Februar 2010 EU-Kommissar für Energie. Zuvor war er von 2005 bis 2010 Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg.



Der heutige EU-Kommissar Oettinger hat Rechtswissenschaft und Volkswirtschaft in Tübingen studiert, bevor er in die Politik ging.

FOTO: DPA